

Für Anträge an den BuKo 2024 in Halle ist „Deadline“ am 6. September 2024.

Und laut DFG-VK-Satzung: „Alle Gliederungen des Verbandes **sowie Einzelmitglieder, wenn dies mindestens zehn weitere Mitglieder unterstützen**, sind berechtigt satzungsändernde und ordentliche Anträge an den Bundeskongress zu stellen.“

Wenn Du einer der zehn weiteren Mitglieder sein willst, die nötig sind um diesen Antrag zu behandeln, schreib bitte an olafswillus@posteo.de

Oder Telefon: FestNetz: +49 2204 3008927 / Mobil: +49 176 82446338 Olaf Swillus

Antrag an den Bundeskongress 2024 der DFG-VK, vom 4. - 6. Oktober

Dem Antikommunismus, Faschismus, Rassismus und Antisemitismus keine Chance geben

Der Bundeskongress möge beschließen:

Der Bundeskongress der DFG-VK unterstützt den Aufruf „Gib dem Antikommunismus keine Chance“ (*) und empfiehlt den Gliederungen der DFG-VK, dies ebenfalls zu tun.

(*) Im Web: <https://www.gibantikommunismuskeinechance.de/20200612/1>

oder als PDF-Dokument zum Ausdrucken: https://www.gibantikommunismuskeinechance.de/wp-content/uploads/2020/06/200618_Aufruf_Gib_Antikommunismus_keine_Chance_A4_fuer-Eigendruck_mit-Unterschriftfeld.pdf

gestaltete Version: [http://www.gibantikommunismuskeinechance.de/wp-](http://www.gibantikommunismuskeinechance.de/wp-content/uploads/2020/06/200618_Aufruf_Gib_Antikommunismus_keine_Chance_A4_Web.pdf)

[content/uploads/2020/06/200618_Aufruf_Gib_Antikommunismus_keine_Chance_A4_Web.pdf](http://www.gibantikommunismuskeinechance.de/wp-content/uploads/2020/06/200618_Aufruf_Gib_Antikommunismus_keine_Chance_A4_Web.pdf)

Begründung:

Antikommunismus tritt in vielen Formen auf, von offen faschistisch bis pseudo-demokratisch. Er zielt jedoch immer darauf ab, die Diskussion über Sozialismus und Kommunismus zu unterbinden. Kommunistinnen und Kommunisten sollen nicht gehört, sondern stigmatisiert, diffamiert und ausgegrenzt werden, oft indem sie als Sektenmitglieder bezeichnet werden. Als Pazifistinnen und Pazifisten sowie sozialkritische Menschen verteidigen wir jedoch die Freiheit und das Recht, über Sozialismus, sozialistische Experimente, Niederlagen und Erfolge, Vor- und Nachteile sachlich und respektvoll zu diskutieren. Den Kapitalismus als das endgültige Ende der Geschichte zu erklären, widerspricht jeglichem Fortschritt. Antikommunismus setzt Kommunisten mit Faschisten gleich, was Neofaschisten verharmlost und indirekt unterstützt. Ein Beispiel dafür ist die Wahl eines Ministerpräsidenten in Thüringen im Frühjahr 2020 mit den Stimmen der AfD, basierend auf antikommunistischer Logik („Hauptsache, die Sozialisten sind weg.“, Hans Georg Maaßen, 5.2.2020, gegenüber „Der Tagesspiegel“). Dass Neofaschisten – Antidemokraten! – demonstrieren dürfen, während in der EU gleichzeitig über ein Verbot kommunistischer Symbole diskutiert wird, ist kein Ausdruck demokratischer Kultur. Das Demonstrations- und Koalitionsrecht aller Demokraten – einschließlich der Revolutionäre – zu verteidigen, bedeutet, unsere eigenen Rechte zu schützen.

Wir folgen dem Beispiel historischer Bewegungen, in denen Persönlichkeiten wie Charlie Chaplin, Kirk Douglas, Burt Lancaster, Jane Fonda, Jean Ziegler, Mikis Theodorakis, Bertolt Brecht, Pablo Picasso, George Bernard Shaw oder Albert Einstein sich mutig gegen antikommunistische Repressionen einsetzten – auch wenn sie selbst keine Kommunisten waren. Daher unterstützen wir den Aufruf „Gib Antikommunismus keine Chance – Für eine sachliche Diskussion über den Sozialismus und Kommunismus!“ als Beitrag zur Demokratie und für ein Leben ohne Krieg.

Der Aufruf ist schon von vielen Menschen, auch aus der Friedensbewegung, unterschrieben worden, und auch Organisationen können ihn unterschreiben. Schaut ihn Euch an, ob ihr ihn auch unterstützen könnt, und ob auch die DFG-VK mit in die Unterstützerliste kann.

Unterstützer für diesen Antrag: Olaf Swillus ...